

Rat Höxter prüft Anti-Terror-Poller

Von Michael Robrecht

HÖXTER (WB). Der Schutz vor Anschlägen sind Rat und Verwaltung in Höxter ein zentrales Anliegen. Im Stadtrat fand sich jetzt eine Mehrheit für den UWG-Vorstoß, ein verschärftes Sicherheitskonzept für die Innenstadt aufzustellen. Woran wird gedacht? An belebten Plätzen wie der Fußgängerzone könnten Anti-Terror-Poller aufgestellt werden. Oder bei Veranstaltungen werden mobile massive Barrieren an Zufahrten platziert. In Höxter ist die offene Einkaufsmeile eine denkbare Achillesferse für Anschläge: Huxori-Markt, Wochenmärkte und Stadtfeste könnten immer Ziele für Täter sein. Das wissen alle. Das brisante Thema hat in der jüngsten Ratsitzung zu einer kontroversen Debatte geführt. Der Rat ist gespalten. Kernfrage: Reichen die bisherigen Vorkehrungen aus oder muss in Höxter mehr in Sicherheit investiert werden?

Ratsmehrheit geht auf „Nummer Sicher“

Die Ratsmehrheit geht auf „Nummer Sicher“ und hat einen Prüfauftrag zur Umsetzung folgender zusätzlicher Maßnahmen erteilt: 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Errichtung von Schutzmaßnahmen gegen unbefugtes Befahren

Polizeiwagen an den Zufahrten zur Fußgängerzone Höxter (hier Stummrige Straße) und Streifen: Das sind bisher Sicherheitsmaßnahmen. Foto: Michael Robrecht

der Fußgängerzone zu erstellen. Dabei sollen fest installierte oder versenkbare Poller, Betonbarrieren oder vergleichbare Sicherheitsvorkehrungen geprüft werden. 2. Es sollen Beispiele aus anderen Städten einbezogen werden, um effektive und optisch ansprechende Lösungen zu finden. 3. Eine enge Abstimmung mit den zuständigen Sicherheitsbehörden (Polizei, Feuerwehr, THW, Ordnungsamt), der Werbegemeinschaft und Anwohnern ist durchzuführen. 4. Die Stadtverwaltung wird gebeten, eine Kostenschätzung sowie mögliche Fördermittel für die Finanzierung der Maßnahmen zu ermitteln und dem Stadtrat vorzulegen. 5. Die Ergebnisse der Prüfung und ein entsprechender Maßnahmenkatalog sollen dem Stadtrat bis Juni 2025 zur Entscheidung vorgelegt werden.

Für den UWG-Antrag stimmten CDU, UWG sowie die „Bürger für Höxter 2014“ und erreichten mit 20 Ja-Stimmen eine Mehrheit. Dagegen votierten Teile der SPD,



So weit muss es in Höxter ja nicht kommen. Derartige Absperrbarrikaden und Fahrbahnsperren sind hier in Frankfurt 2024 rund um Weihnachtsmarkt und Fußgängerzone aufgebaut worden. Ist das die Zukunft auch für kleinere Städte. Anschläge kann es dort auch geben. Foto: Michael Robrecht

Grüne, FDP, AfD und Linke (15 Ratsmitglieder). Ein anderer Teil der SPD und die BfH enthielten sich im Rat.

Anlass, das Thema in Höxters Stadtparlament auf den Schild zu heben, waren für die UWG die vielen Anschläge wie in Magdeburg und Aschaffenburg in Fußgängerzonen. „Um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt zu gewährleisten, beantragen wir die Umsetzung geeigneter baulicher Schutzmaßnahmen zur Verhinderung solcher Vorfälle“, so die UWG. Die Fußgängerzone sei ein zentraler Ort des öffentlichen Lebens, der Gastronomie, des Marktgeschehens und des Tourismus. Angriffe mit Fahrzeugen könnten erhebliche Gefahren für die Bevölkerung und die zahlreichen Gäste darstellen.

„Zahlreiche Städte haben bereits bauliche Maßnahmen zur Prävention solcher Vorfälle ergriffen. Durch die Installation von geeigneten Sperren kann unbefugtes Befahren der Fußgängerzone verhindert und somit das Risiko eines Anschlags oder Unfalls erheblich reduziert werden. Gleichzeitig sollte darauf geachtet werden, dass der Lieferverkehr sowie Einsatzfahrzeuge im Notfall weiterhin Zugang haben“, erklärte UWG-Fraktionsvorsitzender Matthias Grothe.

In Höxter fehlen bauliche Maßnahmen

In Höxter fehlten Grothe konkrete bauliche Maßnahmen in der Fußgängerzone. Dass da Polizeifahrzeuge oder größere Wagen bei Events quer ständen, das reiche nicht mehr aus. Die Bürger wollten auch nicht mehr, dass es nur Gremiensitzungen gebe und Aktendeckel hin- und hergetragen würden. Versenkbare Poller an allen Zugängen zur Fußgängerzone seien eine erste konkrete Maßnahme. Dafür brauche es jetzt ein fundiertes Konzept. Höxters Markt- und Stummrige Straße als Fußgängerzone sei kreisweit etwas Besonderes. Man sei es den Bürgern schuldig, wegen der aktuellen Lage neu zu denken und

auch in die Nachbarstädte zu schauen, wo das überall ein Thema sei.

„Wir müssen klar sagen, uns als Rat ist das Thema jetzt wichtig. Darum muss ein Konzept von der Verwaltung erarbeitet werden“, erklärte Andreas Knebel (CDU). Man müsse aktiv etwas tun, und darum komme jetzt ein ganz konkreter Prüfauftrag an die Stadtverwaltung. Alles andere sei zu wenig. Höxter brauche eine fachliche Aussage, was zusätzlich nötig sei.

Stadtverwaltung anders als CDU, UWG, BfH 2014

Die Stadtverwaltung bewertet die Lage und die Reaktion darauf anders als CDU und UWG: Sie lehnte die Erarbeitung eines größeren neuen Konzeptes bis Juni ab. Dezernent Stefan Fellmann wollte im Juni lediglich „von den laufenden Gesprächen der zuständigen Behörden und weiteren Entwicklungen“ berichten. Man sei an dem Themenkomplex dran.

Der eingereichte Antrag der UWG-Ratsfraktion werde inhaltlich und thematisch seitens der Verwaltung grundsätzlich geteilt, die genannten Prüfungsaufträge seien jedoch Teil der seit Jahren praktizierten Abstimmungen von Sicherheitskonzepten zwischen Veranstaltern, der Kreispolizeibehörde

Huxori-Markt Höxter: Tausende Besucher flanieren in der vollen Marktstraße. Solche Events sind potenzielle Anschlagstiele. Foto: Michael Robrecht

Höxter, den weiteren Sicherheitsbehörden und der Stadt Höxter als örtliche Ordnungsbehörde. Seit der Loveparade-Katastrophe 2010 gebe es die Sicherheitskonzepte.

Festzustellen sei, dass sich die Stadt Höxter als örtliche Ordnungsbehörde mit dem Schutz vor Angriffen mit Fahrzeugen immer beschäftige. Seit langem gebe es zwischen der Stadt Höxter und der Polizei eine enge Zusammenarbeit. Ende 2021 sei offiziell eine Vereinbarung zur Ordnungspartnerschaft unterzeichnet worden. Dazu gehörte, Sicherheitsprobleme im Bereich von Schulen und Schulhöfen, auf Spielplätzen, in der Innenstadt, an Wallanlage und Weserpromenade frühzeitig zu erkennen. Die Sicherheitsbehörden entscheiden laut Stefan Fell-



Der Rat Höxter kann sich als Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen solche versenkbaren Poller (hier am Standesamt Höxter) an den Straßenzugängen gut vorstellen. Sie werden nur zweitweise bei Großveranstaltungen hochgefahren und sorgen für ein Mindestmaß an Schutz vor Anschlag-Fahrzeugen. Die Poller werden ein Thema. Foto: Michael Robrecht

mann vor Ort, welche Maßnahmen für Großveranstaltungen, Stadtfeste und Open Air-Veranstaltungen nötig sind. Konzepte für Veranstaltungen und Volksfeste würden regelmäßig angepasst. Dazu gehören auch aktuelle

Lagebesprechungen der Behörden, Polizei, Veranstalter oder Marktstandbetreiber.

Vizebürgermeister Hans-Josef Held (SPD) forderte, dass Land und Bund den Kommunen bei mehr Sicherheitsmaßnahmen finanziell helfen müssten. Mit Blick auf Höxter sprach er das Problem an, dass man von sehr vielen Nebenstraßen der Altstadt in den Fußgängerbereich hineinkommen könne. Der Antrag der UWG sei „nett, aber nicht das Gelbe vom Ei“. Held beklagte, dass für die Ortschaften gar nichts getan werde: Da heiße es für Schützen- oder Volksfeste sowie Prozessionen lapidar, „man solle mal vier Mann auf die Straßen stellen – und das müsse zur Sicherheit reichen“.

Elia Sievers (AfD) konnte mit Konzepten und Maßnah-

men – wie Pollern oder Straßensperren – gar nichts anfangen. Man solle einfach in Deutschland die illegale Migration sofort stoppen und alle kriminellen Zuwanderer ausweisen, dann gebe es die Anschlag- und Terrorthematik so verschärft gar nicht. Die AfD fordere, die Leute auszuweisen. Zudem werde seit Ende des Bundestagswahlkampfes über „weitere massenhafte Anschläge“ oder Messerangriffe in den Medien nicht mehr berichtet.

Ralf Dohmann (BfH) wies darauf hin, dass Poller und Barrikaden nicht in jeder Stadt hilfreich und erforderlich seien. Wichtiger sei, dass die Stadt die konkreten Gefahrensituationen erkennen würde. Auch müsse das Land die Kommunen bei der Finanzierung der Sicherheitsmaßnahmen unterstützen. Wenn in Höxter baulich etwas nötig sei, dann hätte das die Verwaltung sicher schon vorgeschlagen.

Martin Hillebrand (FDP) sah die Situation wie die Verwaltung. Man müsse sich auf jeden Fall ständig mit den Gefahren beschäftigen. Volker Bertram (Grüne) reichte es völlig aus, wenn die Stadtverwaltung im Juni erneut über die Fachgespräche berichte. Günter Wittmann (SPD) kann den Wunsch nach mehr Sicherheit in Höxter nachvollziehen. In der Fußgängerzone in Höxter sei das aber wegen der vielen Zufahrten gar nicht so einfach, alles durch Poller neu zu regeln. Man solle alle Sicherheitsmaßnahmen anlassbezogen prüfen und besprechen.



Absperr-Beispiel Rosenmontag 2025 in Steinheim: Straßensperren überall. Polizeiwagen, Rettungswagen und anderen Fahrzeuge standen an Zufahrten. 20.000 Besucher und die Karnevalisten feierten gut geschützt.